

**Autor:** Monika Wendel  
**Seite:** 4 bis 4  
**Rubrik:** Landeskurier Brandenburg/Berlin  
**Seitentitel:** PZ  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Jahrgang:** 2022  
**Auflage:** 5.071 (gedruckt)<sup>1</sup> 4.780 (verkauft)<sup>1</sup>  
 4.888 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,013 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2022<sup>2</sup> AGMA ma 2022 Tageszeitungen

## Der Mittelstand befindet sich im „finanziellen Tsunami“

Die in Aussicht gestellten Hilfen der Bundesregierung reichen den Unternehmern nicht. Der Ostbeauftragte des Bundes bemüht historische Vergleiche zur Beschreibung der Krise.

Potsdam. Ostdeutsche Unternehmer schlagen wegen der Energiekrise und der stark steigenden Kosten Alarm. Der Mittelstand erlebe einen „finanziellen Tsunami“ und brauche vom Bund ein „wuchtiges XXL-Paket“ zur Entlastung, sagte der Präsident des Unternehmerverbandes Brandenburg-Berlin, Burkhardt Greiff, gestern in Potsdam.

Für die Bundesregierung stellte der Ostbeauftragte Carsten Schneider (SPD) Hilfen in Aussicht. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) riet, alle Energiequellen zu nutzen, auch die verbliebenen Atomkraftwerke.

Verbandspräsident Greiff sagte beim ostdeutschen Unternehmertag: „Was in Deutschland passiert, droht den Mittelstand auszulöschen.“ Die von der Bundesregierung vorgesehenen Entlastungen seien „mager“. Greiff befürchtet eine Insolvenzelle. Viele Unternehmer wüssten nicht, ob sie das Jahr überstehen.

Wie Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) versprach auch der Ostbeauftragte Schneider weitere Hilfen. Die Bundesregierung werde alle Möglichkeiten nutzen, um die erwarteten „extremen gesellschaftlichen Spannungen“ abzuwenden, darunter Beihilfen,

die Ausweitung des Energieangebots, die Reduktion des Verbrauchs, die Entkoppelung von Strom- und Gaspreis und das Abschöpfen besonders hoher Gewinne.

Es werde eine Ausweitung des Energiekompensationsprogramms in einer „ordentlichen Milliarden Größenordnung“ sowie KfW-Kredite mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung geben. Die Regierung werde versuchen, aktuelle Schocks abzufedern und Insolvenzen möglichst zu vermeiden, sagte Schneider.

Es handele sich um die „größte Herausforderung mindestens seit der deutschen Einheit, wenn nicht seit dem Zweiten Weltkrieg“. Klar sei aber: „Die Gaspreise, die wir hatten, die wird es nie wieder geben.“ Der Staat es könne nicht auf Dauer sehr hohe Gaspreise herunter subventionieren.

Zweifel an Habecks Atomkraft-Plan  
 Woidke sagte mit Blick auf die drei verbliebenen Atomkraftwerke, es wäre „vollkommen bescheuert“, mitten in der Energiekrise zusätzliche Kapazitäten vom Netz zu nehmen. Es müsse jetzt „alles rein, was geht“, um den Preis zu stabilisieren, forderte er. Er sagte voraus, dass Habeck von dem Plan

abrücken müsse, eines der verbliebenen Atomkraftwerke ganz abzuschalten: „Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass die Entscheidung des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz nicht bis in den Dezember halten wird.“

Woidke forderte mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien, damit wäre ein neues Wirtschaftswunder möglich. Dafür wünsche er sich „mehr revolutionären Geist meiner Bundesregierung“.

In einem internen Papier forderte er vom Bund für eine Neuausrichtung des Ölraffinerie-Standorts Schwedt mindestens 1,5 Milliarden Euro. Es sei ein Transformationsfonds über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren erforderlich, heißt es. Das Land werde sich mit 150 Millionen Euro beteiligen.

Mit den zusätzlichen Mitteln solle der Umbau des Industriestandortes in Richtung eines klimagerechten und innovativen Produktionsstandortes gelingen. Wenige Monate vor Beginn des Ölembargos gegen Russland ist die Zukunft der Raffinerie in Schwedt im Nordosten Brandenburgs noch unklar.

**Abbildung:** Burkhardt Greiff Foto: Karoline Wolf

**Abbildung:** Niemand will, dass die Lichter am PCK Schwedt ausgehen. Ab Januar 2023 braucht es aber neues Öl, um das zu verhindern. Foto: Pleul

**Wörter:** 454